Neue Gütersloher Zeitung.

Nebst wöchentlicher Gratis-Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt".

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1 Mark 50 Pfg. inklusive Botenlohn.

Erscheint dreimal wöchentlich, und zwar am **Dienstag, Donnerstag** und **Samstag abend.** Expedition in Gütersloh, Berlinerstraße 319.

Insertionspreis: Die einspaltige Garmondzeile oder deren Raum 10 Pfg., bei 6maliger Wiederholung 25% Rabatt. Reklamen 25 Pfg.

№ 151. | Druck und Verlag: Schmalzing & Pfeffbeck in Gütersloh. | Freitag, 16. Dezember 1892. | Verantwortlicher Redakteur: Johannes Vogt in Gütersloh. | 3. Jahrg.

Praktische Politik und Demagogentum.

Der moderne Antisemitismus tauchte etwa vor zwölf oder vierzehn Jahren auf, als sich eine große Reihe wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Schäden bemerkbar machte. Diese wurden nur zu einem Teil auf die wirtschaftlich liberale Gesetzgebung der siebziger Jahre, zum anderen Teil auf den Einfluß und das Wirken des Judentums, das jene Gesetzgebung am besten zu seinem Vorteil ausgenutzt haben sollte, zurückgeführt. Indes so groß auch die Zahl derer war, die hieraus den Schluß zogen, daß das Judentum als solches bekämpft werden müsse, so richtete sich doch die allgemeine Aufmerksamkeit mehr auf die wirtschaftlichen Schäden als die Juden selbst, und nur insofern gegen diese, als sie mit jenen in einem erweislich unmittelbaren Zusammenhange standen. Das traf aber doch nur in einzelnen Fällen, in einzelnen Gegenden zu. So wurde im Jahre 1880 ein Gesetz über den Wucher eingeführt, das freilich nicht gegen die Juden als solche, sondern gegen Alle erlassen wurde, die „unter Ausbeutung der Notlage, des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit eines Anderen für ein Darlehn sich Vermögensvorteil versprechen oder gewähren lassen, welche den üblichen Zinsfuß überschreiten" ꝛc. Das Gesetz hat gute Wirkung gehabt, aber den Wucher doch nicht ausrotten können: ja dieser hat immer neue Formen aufgesucht und sich namentlich in ärmeren Gegenden und in den Kreisen der ländlichen Bevölkerung festgesetzt. Die Untersuchungen des „Vereins für Sozialpolitik" haben unter Hinweis auf den Anteil der Juden festgestellt, daß insbesondere die preußischen Regierungsbezirke Kassel, Wiesbaden, Trier, Koblenz und Arnsberg, das westliche Thüringen, die Gegend des Vogelsbergs, der hessische Odenwald, die weinbautreibenden Bezirke Badens, die bayerische Rheinpfalz und Elsaß-Lothringen vom Wucher betroffen sind. Um den berechtigten Klagen hierüber abzuhelfen, hat die Reichsregierung ein neues Gesetz ausgearbeitet, welches nicht nur — wie das bisherige — den Kreditwucher, sondern Wucher aller Art und Wucherer aller Bekenntnisse treffen und insbesondere den gewerbsmäßigen Wucher strafen soll, bei welchem die Ausbeutung der Notlage, des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit eines Anderen und das Mißverhältnis der Vermögensvorteile zu dem Wert der Leistungen als entscheidendes Merkmal anzusehen ist.

Es ergiebt sich hieraus, daß die Regierung nicht blind ist gegen die bezeichneten wirtschaftlichen Schäden und daß sie bemüht ist, in sachlicher Weise bessernde Hand anzulegen.

Neuerdings jedoch hat der Antisemitismus, der sich bisher zum großen Teil als Antiphilosemitismus (Gegner von Judenfreunden) charakterisierte, eine Form angenommen, an der auch diejenigen, die nichts weniger als ein Ueberwuchern des jüdischen Einflusses im öffentlichen Leben wünschen, Anstoß nehmen müssen. Welche Gefahren mit dieser Art des Antisemitismus verbunden sind, hat man am deutlichsten in dem Prozesse Ahlwardt gesehen und was damit zusammenhängt.

Der Reichskanzler sagte in der Montagssitzung des Reichstags mit Bezug auf diese Vorgänge: „Die Ereignisse der letzten Wochen gehören zu dem Betrübendsten, was ich als Patriot in meinem Leben erfahren habe", und hieran anknüpfend, bezeichnete er die soeben erwähnte Form der antisemitischen Bewegung unter deutlicher Bezugnahme auf den damals tagenden konservativen Parteitag als eine „demagogische", die patriotische Männer nicht mitmachen dürfen. Die wirtschaftlichen und sozialen Schäden werden nicht durch den demagogischen Antisemitismus geheilt, sondern allein durch eine ruhige und gesetzliche Abhilfe, wie wir sie oben angedeutet haben. Auf diesem Gebiete können sich alle zusammenfinden, denen das Wohl und Wehe des deutschen Volkes wirklich am Herzen liegt.

Politische Uebersicht.

Deutschland. Der Kaiser begiebt sich heute Nachmittag zur Hofjagd nach Letzlingen und kehrt am Samstag Abend zurück.

Ehe die Militärvorlage ausgearbeitet wurde, mußten natürlich Erhebungen und praktische Versuche über die Kompensationen angestellt werden, die bei Einführung der zweijährigen Dienstzeit nötig wären. Wie der Reichskanzler am Dienstag mitteilte, liegen 31 Gutachten der oberen Kommandostellen vor. Die 31 Stellen, soweit sie auch in Einzelheiten auseinander gehen, stimmen darin überein, daß der gegenwärtige Zustand der Ausbildung unbefriedigend, ungleichmäßig, für die Kräfte des Ausbildungspersonals erschöpfend ist — über die Frage ist kein Zweifel. Dann kommen 10 Stellen, die suchen Abhilfe dieser geschilderten Umstände in der vollen Durchführung der dreijährigen Dienstzeit bei gleichzeitiger Verstärkung der Armee — zweifellos militärisch das wünschenswerteste Ziel, finanziell nicht erreichbar. Dann kommen 21 Stellen, die geben die Möglichkeit der Durchführung der zweijährigen Dienstzeit unter bestimmten Voraussetzungen zu. Zu diesen Voraussetzungen rechnen sie die Vermehrung des Ausbildungspersonals, die Erhöhung der Etatsstärke, Entlastung von Kommandos, Arbeitsdienst und noch eine Menge anderer Kleinigkeiten. Also die Behauptung, daß die vorgesetzten Instanzen nicht gehört worden wären und sich abfällig geäußert haben, ist, wie der Kanzler ausführte, nicht richtig. Faktisch liegt die Sache so: 10 Stellen von den 31 haben Unmögliches verlangt, und 21 Stellen haben sich im Wesentlichen mit dem jetzt Vorgelegten einverstanden erklärt; alle aber haben sich gegen den gegenwärtigen Zustand der verstümmelten dreijährigen Dienstzeit erklärt.

Zur Beratung der Militärvorlage äußert die „Nordd. Allg. Ztg." vom Mittwoch Abend an leitender Stelle, die beiden ersten Tage derselben hätten erkennen lassen, daß, abgesehen vom Abg. Richter, der dabei vielleicht mehr subjektiven als Parteierwägungen folge und den Sozialdemokraten, alle Parteien bereit seien, über den Inhalt der Vorlage in Verhandlungen einzutreten, und zwar mit dem Willen, zu einer Verständigung über dieselbe zu gelangen.

Dem Reichstag ist der Gesetzentwurf betr. den Verrat militärischer Geheimnisse zugegangen.

Folgenden Reichstagsantrag hat Abg. Liebermann v. Sonnenberg eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß das gegen den Abg. Ahlwardt, gewählt für den 1. Wahlkreis des Regierungsbezirks Frankfurt a. O., wegen öffentlicher Beleidigung durch die Presse beim Landgericht Berlin I schwebende Strafverfahren für die Dauer der laufenden Session eingestellt werde. Der Antrag ist außer von zwei Parteigenossen des Antragstellers von dem Abg. Frhr. v. Münch, sowie von 16 sozialdemokratischen Abgeordneten unterstützt.

Zum Jubiläum des Papstes Leo XIII., welches am 19. Februar nächsten Jahres stattfindet, haben die preußischen Bischöfe einen Hirtenbrief erlassen. Die Encyklika, betreffend das Bischofsjubiläum des Papstes, mit deren Ausarbeitung der Papst gegenwärtig beschäftigt ist, wird gegen Neujahr veröffentlicht werden.

Der Landrat des Kreises Friedeberg sollte der „Staatsbürger Ztg." zufolge die Disziplinaruntersuchung gegen sich beantragt haben. Diese Nachricht bestätigt sich nicht.

Im Hinblick auf die fortdauernde Choleragefahr hat der preußische Minister des Innern verfügt, daß die aus Oesterreich-Ungarn nach den Vereinigten Staaten auswandernden Personen bis auf Weiteres vom preußischen Staatsgebiete fern zu halten sind, sofern sie nur Zwischendeckkarten oder überhaupt keine Seefahrtkarten besitzen.

Sämtliche Bremer Auswanderungs-Expedienten schickten an den Reichstag eine Petition, welche eine mannigfache Schädigung ihres Gewerbes infolge der Bestimmungen des Auswanderungsgesetzes nachweist und in welcher um Ablehnung der Vorlage ersucht wird.

Frankreich. Der Minister des Auswärtigen Rouvier begab sich Dienstag mittag zum Präsidenten Carnot, um demselben sein Entlassungsgesuch einzureichen, weil ihm

---

Die Irre von Marden-Hall.

Roman von Albert Hendrichs.

42] (Fortsetzung.) [Nachdruck verboten.]

13. Kapitel.

Wieder allein.

Es war Frühling. Graf Otto hatte noch immer nichts, trotz aller Bitten, von seiner Rückkehr geschrieben, während Frau von Saldern immer ungeduldiger wurde, ihn bei sich zu sehen.

Mit tiefem Schmerze sah Luitgard, daß die Kräfte ihrer Mutter abnahmen. Anfangs gab Frau von Saldern es auf, regelmäßig aufzustehen und dann kam es bisweilen vor, daß sie sich weigerte, überhaupt das Lager zu verlassen. Sie ließ sich gern von Luitgard auf die Veranda hinausführen, und hier blieb sie dann den Tag hindurch sitzen und sprach von ihrem Glücke und der Schönheit der Welt.

Er war ein sehr schöner Frühling. Keine kalten Oststürme, sondern weiche, milde Südwestwinde spielten herüber und die Sonne schien so warm vom tiefblauen Himmel, daß in kurzer Zeit die Vegetation ungewöhnlich weit vorgeschritten war. Wie ein grüner Hauch lag es über der Erde und das üppige Schlinggewächs der Veranda begann sich mächtig auszubreiten.

„Luitgard," sagte eines Tages Frau von Saldern, als sie mit ihrer Tochter im Blumengarten auf- und niederwandelte, „mir wird das Schreiben so schwer. Möchtest Du nicht einmal an Otto schreiben?"

Luitgard erschrak.

„Wenn Du es wünschest, liebe Mutter?" sagte sie langsam. „Was soll ich ihm schreiben?"

Frau von Saldern sah ihr Kind traurig an.

„Luitgard, mein süßes Kind," entgegnete sie sanft, ihre Hand auf Luitgard's lockiges Haar legend. „Ich möchte Dich nicht traurig machen, aber einmal muß ich doch davon sprechen, was mich drückt. Hast Du schon daran gedacht, daß Du mich verlieren könntest?"

In Luitgard's Augen standen Thränen. Ach, sie hatte nur zu gut den zunehmenden Schwächezustand bemerkt und ihr Herz war mit banger Sorge erfüllt. Dennoch sollte die Mutter nicht ahnen, was in ihr vorging.

„Liebe Mutter, sprich nicht davon. Es ist eine vorübergehende Schwäche," flüsterte sie zärtlich.

Frau von Saldern schüttelte den Kopf.

„Nein, Luitgard, es ist keine Schwäche, ich darf mich nicht darüber täuschen. Diese Ruhe in mir ist der Tod. Ich fürchte ihn nicht, Luitgard. Das Glück, das ich die kurze Zeit durch Dich genossen habe, söhnt mich mit einem Leben voll Unglück aus. Es ist fast zu viel für ein Menschenherz und vielleicht bin ich zu schwach, es zu tragen. Meine nicht, mein Kind! Du wirst nicht allein in der Welt bleiben, Deine Mutter sorgt für Dich und Gott wird mir den Weg zeigen, wie ich Dein Bestes finden kann."

„Sprich nicht vom Tod! Die Frühlingsluft macht Dich müde und abgespannt," flüsterte Luitgard unter Thränen. „Glaube mir, es wird besser werden!"

Aber sie glaubte selbst nicht daran und als Frau von Saldern sie am Abend wieder bat, einige Worte an Otto zu schreiben, da folgte sie dieser Aufforderung mit schwerem Herzen.

Zwei Tage später war Luitgard allein im Garten. Frau von Saldern's Zustand war während dieser beiden Tage bedeutend besser gewesen und so hatte sie sich bereden lassen, eine Stunde hinabzugehen. Eben hatte sie ihre Tochter verlassen.

Dennoch war Luitgard schwer bedrückt; wie Bergeslast lag es auf ihrem Herzen und sie konnte sich nicht davon frei machen. Hatte sie darum nur das Glück gefunden, um es zu kosten und nachher mit doppelter Schwere ihr Verlassensein zu empfinden?

Da hörte sie das Rollen eines Wagens, es kam näher und näher. Sie schrak zusammen — sie wußte ja, wer das war. Zu jeder anderen Stunde hätte sie aufgejauchzt vor Freude und Entzücken, jetzt durfte sie es nicht. Er kam ja nicht ihretwegen, sondern der kranken Frau zur Liebe, die auch ihm eine Mutter gewesen war.

Dennoch ging sie dem Grafen Otto entgegen. Sie reichte ihm die Hand und zu einer anderen Zeit würde der warme Druck ihm ein Zeichen ihrer veränderten Gesinnung gewesen sein. Heute dacht er nicht daran.

„Die Mutter ist krank, Luitgard?" fragte er besorgt.

„Ich fürchte es, obgleich es seit zwei Tagen besser geht."

Dann gingen sie in das Schloß und zu Frau von Saldern. Letztere saß am geöffneten Fenster. Nun war Alles gut — es schien, als ob sein Kommen neue Lebenskraft in ihre Adern gegossen hätte. Sie war den Abend hindurch so lebhaft und heiter, daß Otto sie gar nicht für so krank hielt und mehr geneigt war zu glauben, daß seine Tante ihren Gesundheitszustand vorgeschoben, um ihn zur schnelleren Rückkehr zu bewegen.

Auch die folgenden Tage war sie besser. Sie ging mit Luitgard in den Garten hinab und Otto stand am Fenster und schaute still hinter Beiden her. Es waren keine angenehmen Gedanken, welche ihn durchbebten. Er hatte sich in der Ferne bald zurecht gefunden. Ein ernster Wille und das Bewußtsein der Notwendigkeit vermag viel. Aber ein Wiedersehen hatte er vermieden und er hätte auch jetzt nicht nachgeben sollen.

Nein — und wenn er darüber zu Grunde ging — es durfte nicht sein. Er hatte das junge Mädchen richtig durchschaut, er kannte ihr Mißtrauen, welches bei ihr einen hervorragenden Charakterzug bildete. Nie hatte er sich der Gefahr ausgesetzt, von ihr mißverstanden zu werden und dadurch den Riß noch mehr zu erweitern.

Und was that er denn hier im Schlosse? War er nicht überflüssig? Frau von Saldern und Luitgard wanderten im Garten auf und nieder und er stand hinter dem Fenstervorhange und schaute hinab. Otto vergaß, daß er es war, welcher sich mehr und mehr zurückzog.

Er mußte wieder fort, um jeden Preis. Er fühlte, daß er hier Gefahr lief, sein eigenes Selbst zu verlieren und schon stand er im Begriff, sie von seiner Absicht zu unterrichten als ein Ereignis eintrat, welches alle seine Pläne überflüssig machte.

(Fortsetzung folgt.)

öffentlich der Vorwurf gemacht wurde, die letzten Stunden des Selbstmörders Reinach mit diesem verlebt zu haben. In der Deputiertenkammer erklärte Rouvier: Er habe allerdings zu Reinach Beziehungen unterhalten, wie jeder Finanzminister mit Finanzmännern in Verbindung stehe. Reinach habe ihn ersucht, Schritte zu thun, um durch Vermittelung Persönlichkeiten, welche dazu imstande wären, die Einstellung der gegen ihn (Reinach) gerichteten Angriffe der Presse zu bewirken. Er sei dieser Bitte nachgekommen, wie jeder andere gethan hätte. Rouvier fügte hinzu, er habe nicht gewußt, daß Reinach sich unter den Personen befinde, gegen welche wegen der Panama-Angelegenheit ein gerichtliches Verfahren eingeleitet sei. (Bewegung und Murren.) Er habe aus Humanität so gehandelt und habe sich nichts vorzuwerfen. (Beifall.) Eine gewisse Presse arbeite daran, alle republikanischen Politiker, die eine höhere Staatsstellung bekleiden, in Verruf zu bringen. Rouvier schloß, er nehme seinen Deputiertenplatz mit erhobenem Haupt und ruhigem Gewissen wieder ein und werde auf alle Angriffe antworten. Détroulède erwiderte, Rouvier habe wissen müssen, daß Reinach angeklagt war. Redner erinnerte an den Prozeß des Ministers Teste vom Jahre 1847 und meinte, Rouvier sei verdächtiger als jener gewesen sei. Der Staatsgerichtshof müsse berufen und Rouvier vor denselben zitiert werden. (Beifall rechts.) — Rouvier entgegnete, er sei bereit sich in dieser Weise zu verantworten.

Der Gaulois veröffentlicht unter der Ueberschrift „Die letzten Stunden des Barons Reinach" einen langen Artikel, der die Erklärungen Clemenceaus über die Bemühungen Reinachs, sich aus der Schlinge zu ziehen, bestätigt. Reinach, heißt es da, sei voller Verzweiflung in seine Wohnung zurückgekehrt und habe ein Fläschchen mit Gift geleert. Der Kammerdiener Reinachs sagte vor dem Untersuchungsrichter aus, er habe bei dem Leichnam seines Herrn ein Fläschchen mit Gift gefunden.

Wie verlautet, ist Tirard, der zur Zeit als Delegierter Frankreichs auf der Münzkonferenz in Brüssel weilt, auf den unmittelbaren Vorschlag des Präsidenten Carnot hin telephonisch befragt worden, ob er geneigt sei, das Portefeuille der Finanzen zu übernehmen. Tirard erteilte sofort seine Zustimmung.

Bierbrauerei und Bierbesteuerung.

Das „Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reichs" enthält die neueste Statistik der Bierbrauerei und Bierbesteuerung im deutschen Zollgebiet, deren Angaben gegenwärtig besonderes Interesse bieten. Im Brauersteuergebiet, d. h. im deutschen Zollgebiet ohne Baiern, Württemberg, Elsaß-Lothringen und Luxemburg, waren im Statsjahre 1891/92 7 765 gewerbliche Brauereien im Betriebe gegen 8054 im Vorjahre, 10 068 im Jahre 1881/82 und 10 478 im Jahre 1872. Die Menge des gewonnenen Bieres betrug 32 632 222 Hektoliter, 352 770 Hektoliter mehr als im Vorjahre. Darunter waren 7 841 405 Hektoliter obergähriges Bier (im Vorjahre 8 827 202 Hektoliter) und 24 790 817 Hekt. untergähriges Bier (1890/91 23 952 250 Hekt.). Die Zunahme der Biererzeugung entfällt daher ausschließlich auf die Erzeugung der untergährigen Biere, während die Herstellung der obergährigen Biere wieder beträchtlich zurückgegangen ist, weil die biertrinkende Bevölkerung mehr und mehr den untergährigen Bieren vor den obergährigen den Vorzug giebt. Zur Bierbereitung verwendet wurden 630 751 Tonnen Getreide, darunter 613 681 Tonnen Gerstenmalz, 4 305 Tonnen Reis, 3 169 Tonnen Zucker und 1 230 Tonnen andere Malzsurrogate. Im Durchschnitt sind zu einem Hektoliter Bier an Braumaterialien verwendet worden 1891/92 19,47 Kilogramm Getreide und Reis und 0,14 Kilogramm Malzsurrogate, dagegen 1881/82 20,19 Kilogramm Getreide und Reis und 0,09 Kilogramm Malzsurrogate, und 1873 20,76 Kilogramm Getreide und Reis und 0,11 Kilogramm Malzsurrogate. Der Rückgang der zu 1 Hektoliter Bier verbrauchten Getreidemenge erklärt sich zum Teil aus der verbesserten technischen Einrichtung der Brauereien. Mit Einschluß der Einfuhr und nach Abzug der Ausfuhr ergiebt sich 1891/92 für das Brausteuergebiet ein Verbrauch von 34 237 000 Hektolitern oder von 87,9 Liter Bier auf den Kopf der Bevölkerung. Dagegen sind verbraucht worden: In Baiern 1891 12 340 000 Hektoliter oder 219,4 Liter auf den Kopf, in Württemberg 1891/92 3 472 000 Hektoliter oder 169,9 Liter auf den Kopf, in Baden 1891 1 650 000 Hektoliter oder 99,2 Liter auf den Kopf, in Elsaß-Lothringen 1 055 000 Hektoliter oder 65,6 Liter auf den Kopf und im ganzen deutschen Zollgebiet 52 876 000 Hektoliter oder 105,5 Liter auf den Kopf.

Die Einnahme an Bierabgaben betrug im letzten Jahre: im Brausteuer-Gebiet 30,3 Millionen Mark oder 0,78 M. auf den Kopf, Baiern 30,8 Millionen Mark oder 5,47 Mark auf den Kopf, in Württemberg 8,5 Millionen Mark oder 4,16 Mark auf den Kopf, in Baden 5,4 Millionen Mark oder 3,25 Mark auf den Kopf, in Elsaß-Lothringen 2,6 Millionen Mark oder 1,61 Mark auf den Kopf und im ganzen deutschen Zollgebiet 77,6 Millionen Mark oder 1,56 Mark auf den Kopf.

Aus den Parlamenten.

Reichstag.

Berlin, 12. Dez. Der Reichstag beriet heute die Interpellationen. Die erste derselben, eingebracht von Dr. Buhl und Dr. v. Marquardsen (natl.) und in vor. Nummer wörtlich mitgeteilt, wurde von Dr. v. Marquardsen unter Berufung auf die Auslassungen des Staatsanwalts in dem Ahlwardt-Prozeß und die Zeitungsmitteilung, wonach künftig die Anfertigung von Armeegewehren Privatinstituten nicht mehr übertragen werden sollen, begründet und vom Reichskanzler Grafen Caprivi dahin beantwortet, daß der Gedanke, an eine Aenderung in der Herstellung der Militärverwaltung noch nie gekommen sei und das Gewehr unserer Infanterie in Modell und Ausführung ein sehr gutes sei; die Anklagen gegen die Militärverwaltung seien daher gewissenlose Verleumdungen, die aufs Schärfste zu brandmarken seien. — Dann wies der sächsische Kriegsminister Edler v. d. Planitz die Behauptung zurück, daß gerade das sächsische Armeekorps besonders schlechte Erfahrungen mit den Löwenschen Gewehren gemacht habe, und konstatierte, daß das deutsche Infanteriegewehr vollständig dienstbrauchbar sei und die Löwenschen Gewehre denen aus den Staatsfabriken, wie die Untersuchung zur Evidenz erwiesen habe, nicht nachständen. Die Nation möge sich also aller Sorgen entschlagen. — Da eine Diskussion dieser Interpellation nicht beantragt wurde, so begründete Graf Mirbach die zweite Interpellation folgenden Inhalts: „Billigen es die verbündeten Regierungen, daß die deutschen Delegierten bei der Münzkonferenz in Brüssel sich den auf die Bekämpfung der Silberentwertung gerichteten nahezu einmütigen Bestrebungen aller auf der Konferenz vertretenen Staaten gegenüber ablehnend verhalten?" — Graf Caprivi, der betonte, daß man im Lande bestrebt sei, den Antisemitismus und den Bimetallismus an einen Wagen zu spannen, beantwortete die Interpellation dahin, daß die verbündeten Regierungen nach wie vor an der bestehenden Währung, die sie für eine gute halten, festhielten und die Instruktion der deutschen Delegierten auf der Brüsseler Konferenz dementsprechend gelautet hätte. Namentlich konstatierte der Reichskanzler noch, daß ein gewisser Dr. Arndt, der sich bei der Konferenz durch ein Empfehlungsschreiben des Grafen Mirbach eingeführt hat, in keinerlei Beziehung zur Regierung stehe. — Es knüpfte sich nun an diese Interpellation, deren Diskussion beantragt war, eine ziemlich lange und lebhafte Debatte unter den Anhängern und Gegnern des Bimetallismus. — Abg. v. Kardorff (Rp.) konstatierte, daß es die höchste Aufgabe jedes deutschen Staatsmannes sei, dafür zu sorgen, daß die deutsche Landwährung durch das Aufgeben der Goldwährung nieder zu ihrem Rechte komme. — Abg. Dr. Bamberger (dfr.) hielt die ganze Debatte für völlig wertlos. Selbst wenn Graf Mirbach Reichskanzler würde, könne die deutsche Regierung die Goldwährung nicht aufgeben, weil das einfach unmöglich sei. — Abg. Dr. Leuschner-Eisleben (Rp.): der Uebergang Deutschlands zur Goldwährung sei ein Fehler gewesen, der schon im Interesse des heimischen Silberbergbaues möglich schnell verbessert werden müsse. — Abg. Mirbach (kons.) bedauerte die Antwort des Reichskanzlers, worauf ihm Reichskanzler Graf Caprivi entgegnete, er habe erfahren, daß mehrere Mitglieder des Hauses ihre Zustimmung zu der Militärvorlage von seiner heutigen Antwort der Interpellation abhängig machen wollen. Aber er ließe sich nicht einschüchtern und vertrete die Militärvorlage nach wie vor aus Ueberzeugung von ihrer Notwendigkeit. — Abg. Büsing (nl.) begrüßte die Antwort des Reichskanzlers. Unsere Währung sei sehr gut, nur wäre zu erwähnen, ob es nicht richtiger wäre, zur reinen Goldwährung überzugehen unter gleichzeitiger größerer Silberausprägung. — Graf Ballestrem erklärte, daß v. Schalscha nicht im Namen des Zentrums gesprochen habe. — Abg. Bebel (Soz.) erklärte, daß die Sozialdemokraten auf dem Boden der Goldwährung ständen und in dieser Frage ausnahmsweise mit der Bourgeoisie dasselbe Interesse hätten. — Abg. Dr. v. Frege (kons.) meinte, daß man den Wert des Silbers heben müsse, da das Gold allein die monetären Verhältnisse der Welt nicht decken könne. Unsere Industrie habe sich nicht durch die Goldwährung ihre Stellung auf dem Weltmarkt erobert, sondern durch deutschen Fleiß und Intelligenz. — Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antisemit) bemerkte gegenüber den Aeußerungen des Reichskanzlers, daß der Antisemitismus das feurige Roß sein werde, das den Staatswagen wieder aus dem Koth ziehen werde.

Berlin, 13. Dez. Der Reichstag setzte heute die erste Beratung der Militärvorlage fort. Der königlich sächsische Kriegsminister von der Planitz erklärt, ihm sei nichts davon bekannt geworden, daß einzelne Bundesregierungen die Vorlage nicht gebilligt hätten. Die sächsische Regierung stehe jedenfalls voll und ganz auf dem Boden der Vorlage. Letztere bedeute eine entschiedene Verbesserung bezüglich der Verteilung in der Heranziehung der Mannschaften und eine Erleichterung für diejenigen, welche die Lasten tragen. Abg. Frhr. v. Stumm (Deutsche Reichspartei): Die geforderte Vermehrung der Truppen sei notwendig, weil nicht daran gezweifelt werden könne, daß wir in absehbarer Zeit einen Krieg mit zwei Fronten führen müssen und weil Frankreich uns numerisch überflügelt habe. Es sei immer besser, die Lasten der Vorlage zu tragen, als die Folgen eines unglücklichen Krieges. Abg. Dr. Rud. v. Bennigsen (natl.) meint, die unsicheren und ungenauen Angaben über die geforderte Vermehrung des Heeres und über die Deckung der Mehrkosten, welche in die Oeffentlichkeit gelangt seien, hätten bewirkt, daß die unleugbaren Vorzüge der Vorlage den Eindruck auf die Bevölkerung verfehlt hätten. Allerdings verlange die Vorlage auf ein Mal eine Erhöhung der Truppen, wie wir sie bisher noch nicht gehabt hätten. Die Gründe dafür müßten daher ganz durchschlagende sein. Er, Redner, habe aber den Eindruck gewonnen, daß die Vorlage in ihrem ganzen Umfange auf eine Mehrheit im Hause schwerlich rechnen könne. Wie der Vorredner nur namens der Mehrheit seiner Fraktion habe sprechen können, so könne er auch namens seiner Freunde die Annahme der Vorlage in ihrem ganzen Umfange nicht in Aussicht stellen. Redner äußert sodann Bedenken wegen der Beschaffung des erforderlichen Ausbildungspersonals sowie wegen der vierten Bataillone und erhofft eine Verständigung mit der Regierung über die gesetzliche Regelung der zweijährigen Dienstpflicht. Deutschlands geographische Lage verlange die Aufbietung der gesamten Volkskräfte zur Verteidigung des Errungenen, freilich müßten sich aber auch die Regierungen ihrer schweren Verantwortlichkeit bewußt sein und von dem Kern der Vorlage loszuschälen, was nicht unumgänglich notwendig sei. Eine Auflösung des Reichstags würde nur eine beispiellose Verwirrung im Wahlkampfe erzeugen. Daher müsse eine Verständigung mit der Regierung eintreten. Alsdann würden wir gegenüber dem Auslande an erhöhtem Ansehen gewinnen und im Inlande eine zufriedenere Stimmung herbeiführen. Der Reichskanzler Graf v. Caprivi betont, man müsse bei der Vorlage stets den großen nationalen Grundgedanken im Auge behalten, ob Deutschland in absehbarer Zeit in die Lage kommen könne, zur Erhaltung seiner Existenz seine ganze Kraft aufzubieten. Von 31 bezüglich der Dienstzeit befragten Truppenteilen hätten sich 10 für Beibehaltung der dreijährigen Dienstzeit bei gleichzeitiger Verstärkung der Armee ausgesprochen. Die übrigen Truppenteile hätten die zweijährige Dienstzeit unter bestimmten Voraussetzungen befürwortet. Der Einwand betreffs des möglichen Mangels an Ausbildungspersonal sei unbegründet. Der Zulauf zu der Offizierlaufbahn sei sehr groß. Auch an Unteroffizieren werde eine genügende Zahl vorhanden sein, wenn ihnen ein entsprechendes Aequivalent geboten werde. Der Reichskanzler geht weiterhin auf die einzelnen Einwendungen ein und betont nochmals die Notwendigkeit, daß rechtzeitig für bessere Ausrüstung gesorgt werde. Abg. Bebel bestreitet, daß die Sozialdemokraten grundsätzliche Gegner der Stärkung der Wehrkraft seien. Gerade die Sozialdemokraten wollten auf das entschiedenste, daß jeder einzelne Soldat wird. Die Vorlage sei nur eine Abschlagszahlung für neue Forderungen, da mit ihr die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht nicht erreichbar sei. Die allgemeine Wehrpflicht sei nur durchführbar bei Ausbildung aller Waffenfähigen, verbunden mit militärischer Jugenderziehung. Der Redner weist sodann auf die allgemeine Notlage hin und meint, die Annahme der Vorlage werde keiner Partei als der seinigen nützen. Abg. v. Preysing (Ztr.) führt aus, es sei schwer, auf dem Boden der Vorlage zu einer Verständigung zu gelangen. Es könne mit der Häufung der Lasten nicht so weitergehen. In Baiern habe die Vorlage von Anfang an eine Mißstimmung hervorgerufen, da man mit Sorge in die weitere Entwickelung der Zukunft blicke.

Berlin, 14. Dez. Der Reichstag setzte heute die erste Beratung der Militärvorlage fort. Abg. Frhr. von Manteuffel (kons.) erklärt, die Aeußerungen des Reichskanzlers über den konservativen Parteitag beruhten auf unrichtiger Berichterstattung. Es sei selbstverständlich, daß es die konservative Partei verschmähe, Demagogie zu treiben. Die Konservativen hätten niemals ihre Haltung gegenüber Vorlagen der Regierung von Konzessionen auf anderem Gebiete abhängig gemacht. Reichskanzler v. Caprivi erklärt, er habe nach dem Bericht der Kreuzzeitung über den Parteitag, die Auffassung haben müssen, die Partei habe sich mit Gefühl ausgedrückt für einen Mann, welcher verurteilt worden sei, der die deutsche Armee in einer Weise verunglimpft habe, wie es bisher von keinem Deutschen geschehen sei. Er, Graf Caprivi, sei deshalb entschuldbar, wenn er angenommen habe, die Partei habe sich mit Herrn Ahlwardt in gewissem Grade identifiziert. (Oho rechts! Beifall links.) Er nehme mit Befriedigung davon Akt, daß die konservative Partei sich die auf dem Parteitage fallen gelassene Aeußerung nicht aneigne, daß zehn Ahlwards besser seien, als ein Freisinniger. Abg. Frhr. von Stauffenberg (freis.) sagt, die Militärforderungen seien Schrauben ohne Ende. Schon jetzt werden Mindertaugliche in übergroßem Umfange ausgehoben. Die Freisinnigen wollten die gegenwärtige Präsenzziffer bei zweijähriger Dienstzeit und befänden sich darin im Einverständnis mit ihren Wählern. Abg. Dr. Lieber (Centr.) konstatiert, das die Zentrumspartei alles, was im Rahmen der gegenwärtigen Friedenspräsenz infolge der zweijährigen Dienstzeit erforderlich sei, bewillige. Die Vorlage widerspreche den Windthorstschen Resolutionen von 1887, indem sie die Heranziehung aller Dienstpflichtigen verlange. Das Zentrum nehme weder die Vorlage in ihrem ganzen Umfange und auf einmal an, noch sei es gesonnen, auf den Boden dieser vollständig neuen Heeresorganisation den Anfang zu machen: „Wir können uns nicht schon im Frieden für den künftigen Krieg zu grunde richten. Statt der Neubelastung der Nahrungsmittel sollte man mit Zuschlägen zur direkten Einkommensteuer kommen. Redner betont, das Zentrum denke nicht daran, die territoriale Unabhängigkeit des päpstlichen Stuhles zu fordern, wenn darunter der Dreibund gefährdert werde." Abg. v. d. Decken (Welfe) erklärt die Vorlage für unannehmbar. Prinz Carolath (wild) weist darauf hin, das Oesterreich-Ungarn und Italien nicht ebenfalls ihre Wehrkraft verstärken. Abg. Ohnn erklärt, die Nationalliberalen erhofften eine Einigung auf Grund der Vorlage, wenn auch nicht die Vorlage selbst Gesetz werde. Redner beantragt, die Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern zu überweisen. Letzteres geschieht. Der Antrag des Abg. Liebermann von Sonnenberg, auf Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Ahlwardt wird angenommen, nachdem ein Antrag des deutschkonservativen Abg. Hartmann auf Verweisung an die Geschäftsordnungskommission mit 114 Stimmen gegen 100 abgelehnt worden war. Für den Antrag Hartmann hatten die Konservativen und Freisinnigen, die letzteren mit einigen Ausnahmen, und die Nationalliberalen gestimmt, dagegen das Zentrum und die Sozialdemokraten. Donnerstag Gesetzentwurf über die Ersatzverteilung und lex Heinze.

Lokales und Provinzielles.

§ **Gütersloh**, 15. Dezbr. [Musikvereins-Konzert.] Aus aufrichtigem Herzen beglückwünschen wir den hiesigen Musikverein zu dem Erfolge, den derselbe gestern abend mit der Aufführung des großartigen und schwierigen

Oratoriums „Constantin" von Georg Vierling errungen hat, das, soviel wir wissen, in unserer Provinz bis jetzt noch nicht zu Gehör gebracht worden ist. Viele Musikfreunde wird es interessieren, über den in weiteren Kreisen noch wenig bekannten Komponisten einige Daten zu erfahren. Georg Vierling ist im Jahre 1820 zu Frankenthal in der Pfalz geboren. Nach Beendigung seiner Studien wurde er Organist an der Oberkirche zu Frankfurt a. d. Oder und übernahm daselbst auch (als die Direktion der Singakademie. 1852—53 dirigierte er die Liedertafel in Mainz und hielt sich danach in Berlin auf, woselbst er den Bachverein gründete. Seit längerer Zeit hat sich der inzwischen vom Kgl. Musikdirektor zum Professor avancierte Komponist von jeder öffentlichen Thätigkeit zurückgezogen und lebt vorzugsweise der Komposition.

Die Aufführung war von Herrn Musikdirektor Zander auf das Gewissenhafteste vorbereitet und nahm unter seiner anfeuernden Leitung nach jeder Richtung hin einen vorzüglichen Verlauf. Die Solisten führten ihre Partieen mit guter Auffassung und voller Hingebung aus. Namentlich waren das große Duett zwischen Lucretia und Constantin, das Sopransolo „Preis sei den Göttern" im 1. Teile, wie auch „Nacht deckt das Land" im 2. Teile von ergreifender Wirkung. Ganz besondere Anerkennung verdient der Sänger der Titelpartie, Herr Wetterfröhle. Ebensowenig an den Kraftstellen aufdringlich, wie an den Pianostellen sentimental werdend, überschritt sein Gesang niemals die Grenzen der Schönheitslinie. Der Chor zeigte sich durchweg von einer seltenen Schlagfertigkeit und Frische und bot namentlich in Nr. 7 und am Schlusse ganz hervorragende Leistungen. Wie immer war die absolut sichere Klavierbegleitung der Frau Musikdirektor Zander ein bedeutsamer Beitrag zum Gelingen des Ganzen. Da schließlich auch das Orchester nach jeder Richtung zum Gelingen des Werkes erfolgreich eingriff, bot die Aufführung einen hohen künstlerischen Genuß, und der Verein mit seinem ausgezeichneten Dirigenten an der Spitze darf mit Genugthuung und Stolz auf diese erste Konzertthat der diesjährigen Saison zurückblicken. Wenn ein Verein sich derartig schwierige Aufgaben stellt und dieselben exakt löst, ist er auf der Stufe der Schulung angelangt, auf welcher Können und Wollen sich gegenseitig die Wage halten. — In Anbetracht der Bedeutsamkeit des Oratoriums „Constantin" und des großen Fleißes, der auf die Einstudierung verwandt ist, möchten wir an die Direktion des Musik-Vereins die Bitte richten, das Werk nach Neujahr nochmals zur Aufführung zu bringen.

(:) **Gütersloh**, 15. Dez. [Steuerliches.] Auf dem letzten außerordentlichen Städtetage in Hamm wurde eine vom Bürgermeister Quentin in Herford aufgestellte statistische Nachweisung über die Steuerverhältnisse von 50 westfälischen Städten verteilt, welche in mehrfacher Hinsicht höchst interessant ist. Es geht daraus hervor, daß in dem kleinen Städtchen Beverungen am wenigsten Gemeindesteuern erhoben werden, nämlich nur 14 % Zuschlag zur Einkommensteuer, dann kommt Rüthen mit 50 %, dann unser Gütersloh mit 85 %, Höxter und Brilon mit 100 %, Münster mit 107 %. Am meisten Steuern erhebt Hattingen mit 330 %, Lassphe 300, Herdecke 290, Camen 276, Haspe 275, Attendorn 270, Hamm 255, Wattenscheid und Siegen mit 250, Lüdenscheid 235, Dortmund 234, Geisenkirchen 230 %. Wird die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer den Gemeinden überwiesen, wie es nach dem Gesetzentwurf beabsichtigt ist, so tritt eine weitere Ermäßigung der Gemeindesteuer ein, welche in der gedachten Statistik für Gütersloh auf 60 % berechnet ist.

§ **Gütersloh**, 15. Dez. [Erbsenzählung.] Soeben hören wir, daß das in Bielefeld ausgestellte Glas mit Erbsen laut Zählung 12 857 Stück enthalten hat. Nach der uns ferner gemachten Mitteilung ist der glückliche Gewinner höchstwahrscheinlich in Gütersloh zu suchen.

(:) **Gütersloh**, 15. Dez. [Die Wahl] eines Handelskammermitgliedes für den mit Ablauf der Wahlperiode 1890/92 am 31. Dezember d. Js. nach dem Turnus ausscheidenden Herrn Friedr. Güth hier findet bekanntlich morgen Freitag vormittag 10½ Uhr im Lokale der Gesellschaft „Eintracht" in Rheda statt. Die Wahlberechtigten des Kreises Wiedenbrück seien hierauf noch besonders hingewiesen.

(?) **Gütersloh**, 15. Dezbr. [Hausbeleuchtung.] In manchem Hause werden abends die Treppen nicht beleuchtet, infolgedessen jemand leicht zu Fall kommen und Schaden nehmen kann. Wir weisen deshalb nochmals darauf hin, daß der Hausmirt bezw. der Vertreter desselben für jeden Schaden, der einer Person infolge des Nichtbeleuchtens der Treppen zustößt, haftbar ist. Unter Umständen kann sogar Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung erhoben werden.

Stromberg, 14. Dezbr. [Die Viehzählung] in hiesiger Gemeinde ergab in 252 Haushaltungen: 168 Pferde, 1 Esel, 873 Stück Rindvieh, 90 Schafe, 988 Schweine 289 Ziegen, 147 Bienenstöcke. Unter dem Rindvieh befanden sich ca. 600 milchgebende Kühe.

Bielefeld, 14. Dezbr. [Ernannt.] Die Rechtsanwälte Adriani und Bock hierselbst sind zu Justiz-Räten ernannt worden.

Herford, 14. Dezbr. [Nach der diesjährigen Personenstands-Aufnahme] hat unsere Stadt eine Einwohnerzahl von 20 000 erreicht und überschritten, indem 20 345 Seelen gezählt wurden; sie ist somit in die Reihe der Mittelstädte (20—50 000 Seelen) eingetreten.

Münster, 14. Dez. [Ein Bergmann] aus Bottrop hatte im Juni d. J. beim dortigen Amtsgericht als Zeuge zu erscheinen. Um nun möglichst hohe Zeugengebühren zu erhalten, schreibt er sich selbst eine Bescheinigung über Arbeitsversäumnis und setzt den Namen des Steigers darunter. Der die Zeugengebühren auszahlende Beamte entdeckte den Betrug und der Staatsanwalt erhob gegen den Bergmann Anklage wegen Urkundenfälschung und versuchten Betruges. Nur seinem reumütigen Geständnisse hat der Angeklagte es zu verdanken, daß die hiesige Strafkammer ihm das geringste Strafmaß, 1 Woche Gefängnis, zuerkannte.

Velkern, 14. Dez. [Ein Unfall seltener Art] traf hier ein junges Mädchen. Dasselbe wollte sich im nächsten Kirchspiel verloben, meinte jedoch des hohen Schnees wegen die ungebahnten Wege nicht passieren zu können. Es erbat sich deshalb von seiner Herrschaft ein Pferd und hoch zu Roß steuerte dann die kühne Reiterin dem Hause ihres Bräutigams zu. Dem Gaule muß indessen die Führung von zarter Hand nicht sonderlich behagt haben, er machte einen Seitensprung und warf ohne weitere Umstände das süße Bräutchen in den tiefen Schnee und trabte gemütlich nach Hause zurück. Der so schnöde aus dem Sattel Geworfenen blieb, nachdem sie sich von dem Schrecken erholt hatte, schließlich nichts anderes übrig, als die Weiterreise durch den tiefen Schnee zu Fuß zu machen, doch hat sie wohl nachher in den Armen des lieben Bräutigams Tröstung in ihrem Leide gefunden.

Hörde, 14. Dez. [Ein gräßliches Unglück] ereignete sich gestern gegen Abend an der Pumpstation des Hörder Hochofenwerkes, wobei drei Menschen sofort getötet und fünf andere schwer verletzt wurden. Zum Zweck der Anlage einer neuen Schlacken-Absturzhalde waren Arbeiter daselbst mit der Herstellung von Böschungsmauern beschäftigt, als plötzlich eine Mauer in einer Höhe von etwa 30 Metern teilweise in sich zusammenbrach und acht Arbeiter unter sich begrub. Es entstand eine allgemeine Panik, aber sofort begannen die Aufräumungsarbeiten, um zu den verschütteten Personen zu gelangen. Die Arbeit war keine leichte; als man nach mehr als zweistündiger Arbeit zu den Verunglückten gelangte, ergab sich das eingangs erwähnte traurige Resultat. Die Leichen wurden zur Leichenhalle, und die Verletzten dem Krankenhause überwiesen. Einer der Getöteten, ein Maurer aus Hörder, hatte sich bereits zur Rückkehr in die Heimat abgemeldet und wollte laut Rh.-W. Z. heute abreisen; nun wird er hier sein Grab finden. Die Untersuchung über die Ursache des Unglücks ist sofort eingeleitet worden.

Henninghofen, 14. Dez. [O, diese Weiber!] Auf eine merkwürdige Idee, sich das Leben zu nehmen, kam die Frau eines hiesigen Arbeiters. Dieselbe nahm einen die Frau eines hiesigen Arbeiters. Dieselbe nahm einen Teller von Porzellan, legte etwas Pulver darauf, zündete dieses an und setzte sich mit dem Gesicht auf den Teller in dem Glauben, nunmehr erschossen zu werden. Die Frau wurde jedoch arg geläuscht, indem sie sich erheblich verbrannte und noch lange hier pilgern kann, wenn sie nicht auf den Gedanken kommt, ein anderes Geschoß zu nehmen, um sich das Lebenslicht auszublasen.

Dorsten, 14. Dez. [Verschwunden.] Ein Landwirt aus der Bauerschaft war mit seinem Wagen früh zur Kirche gefahren und hatte das Pferd in den Stall einer Wirtschaft gestellt. Als nun später zur Heimfehr gerüstet wurde und angespannt werden sollte, war das Pferd verschwunden; es war nirgends zu finden und keiner wußte auch, wohin es gekommen war. Es blieb dem Bauer auch, wohin es gekommen war. Es blieb dem Bauer schließlich nichts anders übrig, als den Rückweg mit den Seinigen zu Fuß zu machen. Doch sieh, als er zu Hause ankommt, steht der Gaul ruhig im Stall; ihm war jedenfalls die Zeit lang geworden und deswegen hatte er allein den Heimweg angetreten.

Iserlohn, 14. Dezbr. [Einen Raubmord] versuchten 2 Straßenräuber an dem Briefträger in Nachrodt. Mit dem Mute der Verzweiflung setzte sich der Beamte zur Wehr. Auf seine Hilferufe eilten im rechten Augenblick Menschen herbei, sodaß die Gesellen ihr Opfer freigeben mußten.

Elberfeld, 14. Dez. [Vom Schwurgericht] angeklagt war der Vorsteher der Reichsbank-Nebenstelle in Remscheid, Alfred Backe: „als Beamter der Reichsbank in den Jahren 1884—92 die Summe von Mk. 51 761,47 unterschlagen und in Beziehung auf diese Unterschlagungen die zur Eintragung oder Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben bestimmten Bücher gefälscht zu haben. Backe wurde 1880 in Remscheid als „Agent" der Nebenstelle, welcher Titel später in „Vorsteher" umgeändert wurde, angestellt. Festes Gehalt bezog er nicht, sondern nur Provision, von der er das Lokal und den Kassenboten stellen mußte. Diese Provision belief sich durchschnittlich auf 5000 Mark jährlich. Backe gab alles zu, bestritt jedoch die ihm beigelegte Beamtenqualifikation. Zwei als Sachverständige geladene Bankdirektoren von hier und Berlin waren zwar gegenteiliger Ansicht, allein die Geschworenen waren ebenfalls der Meinung, daß der Angeklagte, der nur Provision bezogen, kein Beamter sei und bejahten nur die Frage nach einfacher Unterschlagung und Urkundenfälschung. Backe wurde darauf zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Da er 30 000 Mk. Kaution hatte stellen müssen, so ist die Bank nicht um Mk. 51 761,47 geschädigt worden, sondern nur um 21 761,47 Mk.; dagegen sind mehrere Geschäftsleute, Freunde des Angeklagten, die die Kaution für ihn aufbrachten, um die 30 000 Mk. geschädigt worden.

Soun, 14. Dez. [Unterschlagung.] Der Sekretär eines hiesigen Rechtsanwalts hat eine bedeutende Summe eingegangener Gelder, die auf 50 000 Mark beziffert wird, unterschlagen. Er wurde in Haft genommen.

Vermischtes.

* [Rechtsanwalt Hertwig] hat auf Ansuchen des Rektors Ahlwardt und dessen Familie die Verteidigung in dem „Judenflinten"-Prozeß wieder übernommen und bereits die Revision gegen das am Freitag verkündete Erkenntnis eingelegt. Auch ein Antrag auf Herausgabe der Kaution wird gestellt werden.

* [Einen recht gemütlichen Standesbeamten] besitzt nach dem „Rh. C." eine Gemeinde in Rheinhessen in der Person ihres Bürgermeisters. Am vorletzten Sonnabend wollten zwei junge Paare die Ziviltrauung vor dem Bürgermeister, dessen Amtsfrist mit diesem Jahre abläuft, vollziehen lassen. Derselbe wies aber die jungen Leute ab und zwar mit dem Bemerken, sein Trauregister sei voll, sie sollten doch das Neujahr abwarten und sich alsdann vom neuen Bürgermeister trauen lassen.

* [Wegen Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche] in Holland ist die Einfuhr von Holland von jetzt ab verboten worden.

* [Ein verhängnisvoller Skatabend.] Seit einiger Zeit spielte ein hochbetagter Buchhändler in Berlin mit zwei Freunden wöchentlich Skat, so auch, am Dienstag abend. Gegen 9 Uhr äußerte er: „Jetzt werde ich zum letzten Male geben!" Das sollte in der That der Fall sein, denn kaum hatte der alte Herr angefangen, die Karten zu verteilen, da stürzte er tot vom Stuhle. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ziel gesetzt.

* Hamburg, 14. Dezember. [Der Rückgang der Auswanderung] über Hamburg seit der Cholera geht aus den amtlichen statistischen Zahlen hervor; in den Monaten August bis November sind in diesem Jahre 16 005 Personen gegen 35 995 in gleicher Zeit 1891 befördert werden.

* Neisse, 13. Dezember. [Bei einem Stubenbrande wurden drei Menschenleben vernichtet.

* [Zwei Menschenleben um 50 Pfennig.] Zwei Schreiber eines Neustreliter Bankgeschäftes gerieten infolge einer Differenz von 50 Pfennig beim Kartenspiel in Zwist. In der Erregung griff der eine zum Messer und stieß es seinem Kollegen ins Herz, schleppte den noch schwach Atmenden in seine Wohnung, wo der herbeigeholte Arzt ihn bereits tot fand. Während die Staatsanwaltschaft benachrichtigt wurde, hatte der unglückliche Mörder sich in den Glambecker See gestürzt. Als Leiche zog man ihn hervor.

* [Ein neuer Bergarbeiterausstand] im Saargebiet steht für den Anfang des neuen Jahres bevor. Eine große Versammlung von Bergarbeitern, die in Bildstock abgehalten wurde, beschloß nahezu einstimmig, am 1. Januar 1893 zu kündigen, falls die Forderungen der Bergarbeiter bis dahin nicht erfüllt sein sollten. Die Bergarbeiter verlangen neben einer günstigen Regulierung der Gedinge vor allem, daß der Entwurf zur neuen Bergarbeiterordnung zurückgezogen werde. Die Behörde scheint entschlossen zu sein, auf dem Entwurf zu bestehen. Es werden deshalb vermutlich zwischen 20—30 000 Bergarbeiter am 1. Januar in den Ausstand treten.

* Mülhausen i. E., 13. Dezbr. [Duell.] Hier macht ein Duell zwischen Arbeitern von sich reden. Die Veranlassung zu diesem war eine völlig ritterliche. Der eine Arbeiter war nämlich mit einem Mädchen versprochen gewesen und erging sich, nachdem das Verhältnis sich gelöst, in den rohesten Ausdrücken über die ehemalige Braut, worüber ein anderer Arbeiter ihn zur Rede stellte. Hierdurch erklärte der erstere sich für beleidigt, und beide kamen überein, ihren Streit persönlich auszufechten, wie es Ehrenmännern zukomme. Sie bedienten sich des Messers als Waffe, wobei sie sich einander so gründlich zerfleischten und so schwer verwundeten, daß nun beide tödlich getroffen fast hoffnungslos darnieder liegen.

* Görlitz, 12. Dezember. [Ermordet.] Vorige Nacht wurde auf dem Hofe des Gasthauses „Stadt Berlin" eine weibliche Leiche im Hemd mit fast völlig abgetrenntem linken und hochgebundenem rechten Beine aufgefunden, die wahrscheinlich anderwärts ermordet und dorthin geschafft wurde. Von dem Thäter ist bis jetzt nichts ermittelt, dagegen ist die Person der Ermordeten festgestellt worden. Am Montag nachmittag wünschte ein junges Mädchen die ermordete Frau zu sehen. Das Mädchen erkannte in der Toten ihre 50 Jahre alte Mutter, welche lange Jahre als Kinderfrau beschäftigt gewesen war. Die Ermordete heißt Hartmann.

* [Auf Bahnhof Bojonowo in Posen] flog, laut der Post, als auf einer Lokomotive der Heizer Kohlen nachschaufelte, plötzlich die Vorderwand des Feuerraums mit der schweren Eisenthür auseinander und schleuderte den Heizer über den Tender in den Schnee, wo derselbe tot liegen blieb. Auch der Lokomotivführer, der mehr seitwärts gestanden, wurde herabgeworfen, aber nicht schwer verletzt. In den Kohlen befand sich vermutlich eine Dynamitpatrone, die durch Nachlässigkeit im Kohlenbergwerk hineingeraten war.

* [Ein neues Opfer von Monte-Carlo.] An der „Promenade des Anglais" wurde in Nizza der Leichnam eines jungen Mannes von den Wellen an den Strand geworfen. Man fand bei ihm goldene Uhr und Kette, zwei Brillantringe, aber keinen Heller Geld. In der Brusttasche seines Rockes steckte ein offenes Schreiben, aus dem zu entnehmen war, daß der Selbstmörder Strauß heißt, aus Karlsruhe stammt und an der Spielbank in Monte-Carlo sein ganzes, 150 000 Mark betragendes Vermögen verloren hatte, ehe er in den Tod ging.

* [Zu Weihnachten.] Anoncenfammler: „Sie sollten doch auch mal wieder Ihr Sargmagazin empfehlen!" Schreiner: Ich denke, jetzt ist wohl die unrechte Zeit!" — „Aber ich bitte Sie, gerade jetzt . . vor Weihnachten!"

* [Naturgeschichtliches.] „Das Kameel kann acht Tage lang arbeiten, ohne zu trinken!" erzählt Herr Proppenschneider seiner sehr jungenfertigen Frau. „Das ist noch gar nichts," erwidert, ihn scharf fixierend, Frau Proppenschneider, „ich kenne sogar ein Kameel, das kann acht Tage trinken, ohne zu arbeiten." Herr Proppenschneider ging still hinaus.

* [Einbrecher] (in der Zeitung seinen Steckbrief lesend): „Donnerwetter, nach der Schilderung muß ich doch gar kein übler Kerl sein!"

Schlittschuhe zu bedeutend ermäßigten Preisen empfiehlt G. Wilmking.

Bekanntmachung.

Nach einer Bekanntmachung des Herrn Regierungs-Präsidenten vom 4. Oktober cr. sind die ortsüblichen Tagelöhne gewöhnlicher Tagearbeiter für die Stadt **Gütersloh vom 1. Januar 1893** ab wie folgt erhöht worden:

Erwachsene Arbeiter
männliche 1 Mk. 80 Pfg.,
weibliche 1 Mk. 30 Pfg.

Jugendliche Arbeiter
männliche 1 Mk.,
weibliche 85 Pfg.

Infolgedessen ist in den Beiträgen zur Invaliditäts- und Altersversicherung insofern eine Aenderung eingetreten, als von diesem Zeitpunkte ab auch die weiblichen Arbeiter der II. Lohnklasse angehören, also für die Woche 20 Pfennig-Marken einzukleben haben, wenn sie nicht einer der hiesigen Krankenkassen angehören, bei welchen es bei den bisherigen Bestimmungen verbleibt.

Gütersloh, den 12. Dezbr. 1892.

Der Bürgermeister.
Mangelsdorf.

Da nunmehr der **Steuerempfang** in den angesetzten Terminen beendet ist, erfolgt binnen kurzem die Anmahnung der Restanten.

Diese werden ersucht, bei Einsendung der Steuern durch die Post die Kontonummer bezw. die Nummer der Hebelliste anzugeben, auch der Sendung 5 Pfg. Postbestellgeld beizufügen.

Die Kasse ist an den Werktagen von 8—12 Uhr des Vormittags geöffnet.

Rheda, den 15. Dezember 1892.

Königliche Steuerkasse.
Caspersmeyer.

Schlitten

sind wieder eingetroffen bei

Carl Müller.

Hängelampen,
Tischlampen,
Wandlampen

empfiehlt billigst

F. Schwenk Wtw.

Zur Einziehung von zweifelhaften Forderungen, sowie Uebertragung der Bücher empfiehlt sich

Ludw. Birkholz,
Kommissionär.

Wollene u. Baumwollene Flanelle, Unterhosen, Unterjacken, Hausjacken
in **allen Größen** ferner
Fantasie- und Häkeltücher, Colliers, Kinderschwals, Herren- und Damen-Handschuhe, Strickgarne, Hosenträger etc.
empfiehlt in **bester Ware**
Fr. Schrewe, Rosenstraße.

Prima
Weihnachtsbäume

empfiehlt **J. Reckmann.**

Bis zum 20. ds. Mts. treffen fortwährend neue Sendungen ein.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung

erscheint in Morgen- und Abend-Ausgabe
(wöchentlich 12 Mal).

Das Blatt bringt

dem Leser:
unwandelbares Eintreten für Kaiser und Reich, konservative Tendenz, zuverlässigste politische Information, erschöpfende Beleuchtung aller wirtschaftlichen und sozialen Interessen, ausführliche Parlamentsberichte, reichhaltiges Feuilleton, prompte Personalnachrichten, Theaterberichte, alles Wissenswerte aus Stadt und Land, Wissenschaft und Kunst, Verkehr und Handel, eine Sonntagsbeilage für Belletristik, Vaterlandsgeschichte und Landwirthschaft, Verlosungstabelle u. a.

dem Inserenten:
einen ausgedehnten Leserkreis in den besten Gesellschaftsklassen, sorgfältigste typographische Ausstattung auf gutem Papier, pünktliche Erfüllung aller Aufträge, angemessene Bedingungen für laufende Anzeigen.

Preis:
40 Pfennig für die fünfgespaltene Petitzeile.

Vierteljährlicher Abonnementspreis:
Berlin: durch die Post 8,— Mark
Berlin: durch die Zeitungsspediteure 7,50 Mark } inkl. Bestellungsgebühr.
Deutsches Reich und Oesterreich-Ungarn: 7,50 Mark exkl. Bestellungsgebühr.
Uebriges Ausland mit entsprechendem Postaufschlag.

Einzelne Nummer 10 Pfg.

Bestellung kann durch jede Postanstalt und jeden Zeitungsspediteur erfolgen, Inseratenaufträge durch jede Annoncen-Expedition und die

Expedition der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung,
Berlin SW. 48, Wilhelmstraße Nr. 32.

Zweimal täglich erscheinende Zeitung.

4 Mark
für das I. Vierteljahr 1893
kostet die zweimal täglich erscheinende

Rheinisch-Westfälische Zeitung.

Hauptorgan des Niederrheins und Westfalens.
Nr. 5422 der offiziellen Zeitungs-Preisliste.

Großes politisches Tagesorgan.
Ausgedehnter Depeschendienst; telegraphische Börsenkurse.
Spezialkorrespondenten in allen Hauptstädten. Spannendes Feuilleton.
Ausführliche Nachrichten über Industrie, Landwirtschaft, Verkehr und Handel.
Vollständige, den weitesten Ansprüchen genügende tägliche Marktberichte über Kaffee, Zucker, Schmalz, Getreide, Mehl, Spiritus, Oel, Hopfen, Tabak, Kupfer, Zink rc.
Besondere Pflege der sozialen und politischen Bewegungen Berlins.
Reichhaltigste Zeitung in Bezug auf Nachrichten aus den westlichen Provinzen.
Vollständige Ziehungslisten der Preußischen Klassen-Lotterie.

Macht das Halten anderer großer Zeitungen entbehrlich.

Schon jetzt eintretende **neue** Abonnenten erhalten nach Einsendung des quittierten Abonnementsscheines an die Geschäftsstelle in Essen oder Dortmund die **bis Ende Dezember erscheinenden Nummern unentgeldlich** zugeschickt.

Neue Sendung
Vorzügl. Bisquitts,
passend für den **Weihnachtstisch.**
Bei ganzen Pfunden 45 Pfg.
empfiehlt **W. Küster.**

Freitag
frischen Schellfisch.
P. Husemann.

Achtfach prämiiert!

Inhoffen's Java-Kaffee



Anerkannt wohlschmeckendster und im Gebrauch billigster Kaffee.

P. H. Inhoffen, Bonn,
Hoflieferant Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin Friedrich.
Erste u. größte Dampf-Kaffeebrennerei in Bonn.

Preise:
85, 90, 95 und 100 Pfg.
per ½ Pfd.-Packet.

Zu haben in **Gütersloh** bei
H. F. Bornemann,
Wilh. Flöttmann,
W. Küster,
Clemens Müller,
R. Pollklösener,
W. Ruhenstroth,
H. Schlüpmann,
A. L. Veerhoff,
W. Wolff,
in **Marienfeld** bei
P. Hölscher.

Künstliche Zähne.

Am 1. und 3. Mittwoch des Monats bin ich im Hotel Barkey anwesend.

B. Elverfeld.

Holz-Verkauf.

Am **Montag, den 19. Dezember, morgens 10 Uhr,** läßt Herr Meier **Juwickern** in **Predeck**
40 Haufen Schlagholz,
6 Nummern Buchen und
100 Nummern Fichten zu Brettern und Bauholz
in der Nähe der Gütersloh-Marienfelder Chaussee meistbietend gegen Kredit verkaufen.

Herzebrock, den 14. Dezember 1892.

J. Ortmeyer.

Otto Schnatmeyer,

Gütersloh, am alten Kirchhof 123

empfiehlt sein

Grosses Lager
in **Hüten, Mützen u. Pelzwaren**
Muffen von 1 Mark an,
von jetzt bis Weihnachten alles zu ermäßigten Preisen.

Für die Sonnabend-Nummer bestimmte Anzeigen bitten wir uns möglichst schon am Freitag bezw. Sonnabend morgen einzuschicken, um so eine zeitige Ausgabe der Zeitung bewerkstelligen zu können.

Die Expedition.

Ortskrankenkasse Nr. III.

Zu der am **23. Dezember** im Lokale des Herrn Gastwirt **Arnold Barkey** stattfindenden ordentlichen

General-Versammlung

werden die Arbeitgeber und Arbeitnehmer hiermit eingeladen.

Tages-Ordnung:

Wahl des Ausschusses für die Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres und zur Vornahme der erforderlichen Neuwahlen für den Vorstand.

Gütersloh, den 15. Dezember 1892.

Der Vorstand.

Filigran-Arbeit

für kurze Zeit in **Gütersloh** im **Vereinshause.**

Beginn am 13. Dezember 1892.

Herstellung von Uhr- und Halsketten, Armbänder, Brochen, Haar- und Ballschmuck, Kleidereinsätzen, Verzierungen von Wand- und Bürstentaschen, Sophakissen rc, nebst Blumenkörben aus farbigem Draht und Wolle gefertigt.

Zeige hiermit an, daß ich hierselbst für kurze Zeit einen Unterricht in Filigran-Arbeiten eröffnet habe und lade die geehrten Damen zur Besichtigung derselben in meiner Wohnung, **Vereinshaus,** ergebenst ein.

Die Arbeit ist nicht nur sehr interessant, sondern auch äußerst leicht zu erlernen, selbst Anfängerinnen können gleich in den ersten Stunden Schmuck und Ketten herstellen. Der Unterrichtspreis zur Erlernung sämtlicher Arbeiten beträgt für Damen 1 Mk. 50 Pfg., für Kinder 1 Mk., und steht es jeder Schülerin frei, so lange zu kommen, bis sie sich die nötige Fertigkeit zur selbstständigen Herstellung der Filigran-Arbeit angeeignet hat. Das Material dazu ist sehr billig (ein Kästchen mit Anfangs-Material Mk. 1,20) und ist dadurch jedem die Gelegenheit geboten, die schönsten Geschenke herzustellen. Unterrichtsstunden täglich morgens von 9—12 und nachmittags von 2—7 Uhr; für Damen, die tags über keine Zeit haben, abends von 8—10 Uhr. Herr Buchbinder Thormann hatte die Güte, einige meiner Arbeiten in Schmuck und Blumenkörben auszustellen.

Marie Neubeck.

Gänzlicher Ausverkauf!

Wegen Aufgabe meines Ladengeschäfts verkaufe ich meine sämtlichen Warenvorräte zu jedem nur annehmbaren Preise.

Wtw. A. Stern.